

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan GRÜ**

### **Einsatzkräfte schützen! I - Verantwortung übernehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften der Polizei, der Rettungsdienste und Feuerwehr weiterhin hoch und die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt zu niedrig ist.

Für den Landtag ist es nicht hinzunehmen, dass Menschen, die im Auftrag der Allgemeinheit für Sicherheit und Ordnung sorgen oder anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel massiver Angriffe werden.

Der Landtag hält es deshalb für zwingend erforderlich, ein deutliches und unmissverständliches Signal dahingehend zu setzen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht toleriert wird. Solche Angriffe richten sich gegen die Amtsträgerin oder den Amtsträger als Person, aber auch gegen unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat.

Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet und erforderlich sind, den Schutz von Einsatzkräften zu erhöhen und Angriffe zu verhindern.

Darüber hinaus brauchen wir auch eine gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt und Solidarität gegenüber Einsatzkräften und der Verhinderung von Übergriffen. Der Landtag wird sich darin auch weiterhin intensiv einbringen.

Zudem muss der Fokus auf der Präventionsarbeit liegen. Wenn bereits hier ein Beitrag geleistet werden kann, jungen Menschen ein positives Bild von Polizei und Einsatzkräften zu vermitteln, wäre das ein wichtiger Schritt, der steigenden Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken. Der Landtag wird Maßnahmen prüfen, solche Bemühungen zu unterstützen.

### **Begründung:**

Unser Bayern ist ein sicheres Land dank seiner Polizei, die auch schwierige Lagen erfolgreich bewältigt. Unser Dank gilt außerdem allen Rettungskräfte, die den Menschen im Notfall schnelle Hilfe leisten. Das gilt für den abwehrenden Brandschutz und technischen Hilfsdienst sowie für den Rettungsdienst. Gerade die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr im Freistaat ruht auf dem

Ehrenamt als fundamentale Stütze unserer Gesellschaft. Doch immer öfter werden diejenigen, die Hilfe leisten, selbst Opfer von Gewalt. Bewegt sich Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte seit Jahren auf einem erschreckend hohen Niveau, beklagen mittlerweile auch Rettungsorganisationen und Feuerwehren, dass ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer weniger Respekt entgegengebracht und es bei Einsätzen verstärkt zu Gewaltausbrüchen kommt. Einer Studie der Universität Bonn zufolge, bei der knapp 1.700 Einsatzkräfte befragt worden sind, erleidet jeder Helfer durchschnittlich gut drei Übergriffe pro Jahr. Der Landtag ist sich seiner Verantwortung gegenüber seinen Einsatzkräften bewusst, und wird deshalb alle möglichen Maßnahmen ergreifen und unterstützen, die der zunehmenden Gewaltbereitschaft entgegenwirken.

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan GRÜ**

### **Einsatzkräfte schützen! II - Alkohol- und Gewaltprävention stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Präventionsprogramm zur Verhinderung von Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum und alkoholbedingter Gewalt zu entwickeln. Dazu gehört:

- eine landesweite und zielgruppenspezifische Aufklärungskampagne zur Verhinderung von durch Alkoholkonsum beeinflusster Gewalt im öffentlichen Raum
- spezielle Alkohol- und Gewaltpräventionsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen
- Ausbau von Beratungs-, Präventions- und Therapieangeboten für Betroffene und Angehörige
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Einrichtung von Präventionsräten und interdisziplinären Arbeitsgruppen

#### **Begründung:**

Alkohol ist in vielen Fällen die Ursache für Aggression und Gewaltvorfälle in der Öffentlichkeit. Insbesondere Einsatzkräfte der Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren werden bei der Ausübung ihres Dienstes deshalb immer öfter Opfer von alkoholbeeinflusster Gewalt. In fast zwei Drittel der Fälle stehen die überwiegend männlichen Täter unter Alkohol- und Drogeneinfluss, wobei Alkohol hierbei weiterhin als Aggressionsverstärker Nummer eins zu nennen ist. Die Analyse des Lagebilds zur Gewalt gegen Polizeibeamte zeigt zudem, dass eine Gefährdung vor allem in größeren Städten, vor allem an Wochenenden und zu Nachtzeiten ausgeht. Durch zielgerichtete und kombinierte Präventionsmaßnahmen kann das Risiko für Einsatzkräfte künftig minimiert werden. Hierfür braucht es eine landesweite Aufklärungskampagne sowie spezielle Alkohol- und Gewaltpräventionsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen, welche auch in regelmäßigen Abständen evaluiert werden müssen. Nachdem die Kampagne "Starker Wille statt

Promille" Ende 2017 eingestellt worden ist, ist eine Neukonzeption erforderlich, die insbesondere den Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt berücksichtigt.

Die Kommune als alltägliches Lebensumfeld ist der zentrale Ort für die Prävention von Verhalten, das sich im Alltagskontext abspielt. Bei der Prävention alkoholbedingter Folgen handelt es sich um ein komplexes Aufgabenfeld, das nicht allein auf strafrechtlicher, polizeilicher oder justizieller Ebene zu bewältigen ist. Erfolgreiche kommunale Prävention kann vielmehr nur vernetzt erfolgen. Die Erarbeitung und Umsetzung alkoholpräventiver Maßnahmen erfordert eine interdisziplinäre Herangehensweise und Einrichtung von Kooperations- und Austauschforen mit breiter lokaler Beteiligung (Gemeinde, Ordnungsbehörden, Gastronomie, Anwohner, Bildungswesen etc.). Dadurch wird eine Identifizierung lokaler Problemlagen und Hindernisse sowie eine umfassende Zusammenarbeit ermöglicht. Die Einrichtung von kommunalen Präventionsräten nach dem Vorbild der Stadt Augsburg sollte deshalb entsprechend gefördert werden.

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan GRÜ**

### **Einsatzkräfte schützen! III - Landeslagebild und Dunkelfeldforschung zur Gewalt gegen Einsatzkräfte**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, analog zum jährlichen Landeslagebild "Gewalt gegen Polizeibeamte" eine regelmäßige Datenerhebung- und auswertung für Einsatzkräfte der Rettungsdienste und Feuerwehren zu erstellen sowie eine wissenschaftliche Untersuchung des Dunkelfelds im Bereich Gewalt gegen Einsatzkräfte in Auftrag zu geben.

#### **Begründung:**

In der Polizeilichen Kriminalstatistik Bayern (PKS) wird die Opferspezifikation "Rettungsdienste - sonstige Rettungsdienste" seit dem Berichtsjahr 2011 erfasst. Welche Ursachen für die Gewalt in Fragen kommen, ist nicht hinreichend bekannt, da sie in der PKS nicht erfasst werden. Das vorliegende Zahlenmaterial zu den Rettungsdiensten beruht auf einer Studie des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) im Zeitraum 2015 und 2016. Diese kommt zum Ergebnis, dass Rettungskräfte bei ihren Einsätzen immer öfter Opfer von verbaler Gewalt und gewalttätigen Übergriffen werden. Aufgrund des Umfangs und der Reichweite der Studie lassen sich Aussagen nur schwer verallgemeinern. Zur detaillierten Analyse der Gefahrenlage und Entwicklung entsprechender präventiver Maßnahmen ist Gewalt gegen Einsatzkräfte der Rettungsdienste und Feuerwehren ebenfalls in einem Lagebild zu erfassen. Um Erkenntnisse über das Gesamtaufkommen der Gewalt gegen Einsatzkräfte zu gewinnen, braucht es eine wissenschaftliche Untersuchung, die auch das Dunkelfeld ins Auge fasst, denn die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik ist hier nur bedingt aussagekräftig. Insbesondere das Dunkelfeld psychischer Gewalt und Beleidigungen von Einsatzkräften dürfte um einiges größer sein. Die bislang fehlende Dunkelfeldforschung ist eine unverzichtbare Ergänzung zur amtlichen Statistik.

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan GRÜ**

### **Einsatzkräfte schützen! IV - Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr eine Arbeitsgruppe einzurichten, die basierend auf der Auswertung des Landeslagebildes und der Dunkelfelduntersuchung Handlungsstrategien und Modellvorhaben für besonders betroffenen Regionen und Kommunen erarbeitet. In der Arbeitsgruppe sollen Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehr, Wissenschaft und Kommunen vertreten sein. Über die Ergebnisse soll im regelmäßigen Abstand berichtet werden.

#### **Begründung:**

Seit 2010 liefern die Landeslagebilder eine aussagekräftige empirische Auswertung des Phänomens Gewalt gegen Polizeibeamte. Diese Datenerhebung darf aber nicht nur zum reinen Selbstzweck erfolgen, sondern muss Grundlage für die Erarbeitung von Lösungsansätzen bieten. Dafür ist eine Arbeitsgruppe einzurichten, die unter der Federführung des Innenministeriums und Einbeziehung der Blaulichtorganisationen und besonders betroffener Kommunen Modellvorhaben und Handlungsstrategien erarbeitet.

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan GRÜ**

### **Einsatzkräfte schützen! V - Einsatzkräfte besser vorbereiten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Rettungsdienstorganisationen und Feuerwehren bei der Konzipierung und Bereitstellung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung zu unterstützen. Durch eine Anpassung der Einsatzkonzepte sollen die Integrierten Leitstellen zudem in die Lage versetzt werden, möglichst viele Informationen zu den Bedingungen des Einsatzes zusammenzustellen und weiterzuleiten, um auf potentiell gefährliche Situation vorzubereiten. Hierfür ist ein Schwerpunkt auf die frühzeitige Kommunikation zwischen Polizei und Einsatzkräften des Rettungsdienstes und Feuerwehren zu legen.

#### **Begründung:**

Die Ergebnisse einer Studie der Ruhr-Universität Bochum zum Thema "Gewalt gegen Einsatzkräfte" belegt, dass 85 % die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungseinsatz von Gewalt betroffen sind. Nach der konkreten Situation befragt, gab die Mehrheit der Helfer an, dass die Übergriffe während der Diagnosestellung oder der Therapie erfolgten. Gewalttätige Übergriffe sind selten vorhersehbar: 80 % der körperlichen Übergriffe kamen ohne Vorwarnung und plötzlich. 73 % der Fälle ging die körperliche Gewalt von den Patienten selbst aus. Die Einsatzkräfte haben in solchen Fällen nicht nur an körperlichen Folgen zu leiden, sondern es trifft es trifft sie auch persönlich, wenn sie als Helfer attackiert werden. So gaben 39 % derjenigen, die körperliche Gewalt erlebt hatten, an, dass sie körperliche Schäden davongetragen haben. Bei 21 % waren es psychische Beeinträchtigungen. Einsatzkräfte müssen daher besser auf derartige Situationen vorbereitet werden, indem sie neben Strategien zur Deeskalation auch Methoden zur Selbstverteidigung beherrschen. Durch eine umfassende Information über die Leitstellen über die Umstände des Einsatzes, können sich Einsatzkräfte auf mögliche Gefährdungen besser einstellen und gegebenenfalls rechtzeitig die Polizei hinzuziehen.

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan GRÜ**

### **Einsatzkräfte schützen! VI - Opferschutz verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, den Opferschutz für nichtpolizeiliche Einsatzkräfte zu verbessern. Neben flächendeckenden psychologischen und rechtlichen Beratungsangeboten braucht es Aufklärungskampagnen, die dazu beitragen, dass Fälle von Gewalt gemeldet, ausgewertet und zur Anzeige gebracht werden.

#### **Begründung:**

Die Dunkelziffer von Fällen von Gewalt gegen Einsatzkräfte ist hoch. Es wird davon ausgegangen, dass nur rund die Hälfte der Fälle körperlicher Gewalt der Einsatzleitstelle gemeldet oder im Einsatzbericht vermerkt – wohl auch, weil vielen Betroffenen der Meldeweg oder auch rechtlichen Möglichkeiten nicht bekannt sind. Die Erfassung und Analyse solcher Fälle ist aber wichtig, um künftig Übergriffe zu verhindern. Die Ende Mai in Kraft getretene Strafverschärfung bei Gewalt gegen Polizeibeamte und Einsatzkräfte kann letztendlich auch nur dann Wirkung entfalten, wenn Fälle zur Anzeige gebracht werden. Gleichwohl ist für viele Betroffenen das Erleben verbaler und physischer Gewalt oftmals auch mit Scham und Ängsten verbunden. Deshalb braucht es ausreichende Hilfestellungen, um Betroffenen bei der Aufarbeitung des Erlebten zu unterstützen.